bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 07 | 01. April 2005

Rechte Szene 2

"Glaubwürdige Alternative"
Neben der NPD kandidieren bei der NRW-Landtagswahl auch die Republikaner.

"Der bewaffnete Arm"
Neonazis wegen Bildung eine kriminellen Vereinigung angeklagt

Schwarzes Schaf unter Braunen
Das Land Niedersachsen hat bei dem sächsischem NPD-Abgeordneten Menzel noch eine Rechnung offen.

Hirngespinste
Inhaftierter Neonazi fühlt sich verfolgt und abgehört.

Überraschungscoup gescheitert
Geplantes Zeitungsprojekt für Schüler und Jugendliche ist vorzeitig publik gemacht worden.

Braunes Osterei
Rechtsextremisten tagen im Heilbronner Ruderklub.

Ausland 6

Führungswechsel
August Kreis ist neuer AN-Chef.

In den Startschuhen
Paul Fromm als Nachfolger Ernst Zündels.

Wachsende Gewalt
In Frankreich ist die Zahl der von Rechtsextremen begangenen Straftaten angestiegen.

Demokratische Initiativen 8

Sachsen als Brückenkopf?
Eine Konferenz im Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin diskutiert über das Gebaren und die möglichen Aussichten der NPD.

Wachsam gegen rechts
Die SPD hat zwei neue Broschüren zur Bekämpfung von und Aufklärung über Rechtsextremismus veröffentlicht.

Rezensionen 10

Fragwürdige Wohltaten
Der NS-Staat als "Gefälligkeitsdiktatur".

Meldungen 11

Rechte Szene

"Glaubwürdige Alternative"

Neben der NPD kandidieren bei der NRW-Landtagswahl auch die Republikaner.

Ursula Winkelsett, Landesvorsitzende und geschäftsführende Bundesvorsitzende der Republikaner (REP), ist hin und hergerissen. Auf der einen Seite hegt sie die Hoffnung, dass populistische Töne ihre Partei wieder voran bringen: „Wer auf den Tisch hauen und den hohlen Schwätzern bei den Altparteien einheizen will, der hat in ganz NRW eine echte Alternative zur Wahl: die Republikaner." Auf der anderen Seite weiß sie, dass das bürgerliche Publikum, das die REP auch ansprechen will, mehr erwartet als „Schnauze voll"-Parolen. Und so beteuert sie, dass „eine Stimme für die Republikaner mehr als nur Protest" sei. Punkten wollen die REP im Wahlkampf mit rechten Standardthemen: „Rekordarbeitslosigkeit, explodierende Kriminalität, Massenzuwanderung und Rekord-Staatsverschuldung".

Die Erwartung der REP, in Düsseldorf Parlamentsbüros beziehen zu können, dürfte angesichts parteiinterner Querelen und der weiter schrumpfenden Akzeptanz bei den Wählern gering sein. Tatsächlich geht es vor allem um einen Abwehrkampf: gegen die NPD, die in den Gefilden der REP wildert. Und das nicht nur bei deren Wählern, sondern auch bei vielen, durch zehn Schlierer-Jahre gefrusteten Funktionären. Als „glaubwürdige, demokratische Alternative" wollen sich die REP darstellen – zählt doch Winkelsett zu den energischsten Befürwortern einer Abgrenzung zur NPD, die sie für gleichermaßen unglaubwürdig wie demokratisch anzweifelbar hält. Auf jeden Fall müssen die REP aus der Sicht der Parteispitze bei den 2005 und 2006 anstehenden Landtagswahlen in NRW, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg stärker sein als die NPD, um dem Sog zu den Nationaldemokraten nicht vollends ausgeliefert zu sein.

Dabei schreckt Winkelsett auch vor voreiligen Ankündigungen nicht zurück. „Die Republikaner werden am 22. Mai flächendeckend antreten", ließ sie am 21. Februar verbreiten. Es waren aber weder alle 128 Wahlkreiskandidaten nominiert, noch hatten die nominierten Kandidaten die jeweils 100 Unterstützungsunterschriften beisammen. Auf manche Fremdbesetzung wird zurückgegriffen: Im Münsterland kandidieren Bewerber aus dem Ruhrgebiet. Auch im Hochsauerlandkreis schafften es die REP nicht, Kandidaten aus der Region in allen Wahlkreisen zu benennen. Da müssen schon mal Bewerber her, die ihren Wahlkreis nur als Touristen kennen. Einen ließen sie sagen, er kandidiere „im schönen Hochsauerlandkreis, in dem ich oft Erholung suche".

1000 Unterschriften sind noch einmal nötig, um die Landesliste der Partei wählbar zu machen. Sie wurde bereits Anfang Oktober letzten Jahres aufgestellt. Auf den Plätzen hinter der Spitzenkandidatin Uschi Winkelsett kandidieren der Beamte Ralf Goertz aus Erkelenz, der Düsseldorfer Rechtsanwalt und Bundesvize Björn Clemens, der Maschinenbau-Unternehmer und Fraktionsvorsitzende im Aachener Kreistag Hans Kemper (43) aus der REP-Hochburg Alsdorf, wo sie bei der Kommunalwahl 8,2 Prozent holten, sowie Daniel Schöppe aus Köln.

Der Landesverband sei geschlossener denn je, ließ Winkelsett erklären Aber an der Basis wächst das Bedürfnis, mit noch weiter rechts stehenden Gruppierungen zusammenzuarbeiten. Der Verfassungsschutz beobachtet auch in NRW „Auflösungstendenzen" in Sachen Abgrenzung. In Düsseldorf fand sich auf der REP-Liste bei der Kommunalwahl im September 2004 der DVU-Kreisvorsitzende. Und in Lüdenscheid standen auf der sechsköpfigen REP-Liste gleich vier NPDler. In Lüdenscheid wurde zwar ein Ausschlussverfahren gegen den Verantwortlichen eingeleitet, in Düsseldorf jedoch ist keine Intervention der Landesvorsitzenden bekannt geworden. Hier verstieß immerhin der Kreisverband des REP-Bundesvize Clemens gegen das parteioffizielle Abgrenzungsgelübde.

Auch aktuell nehmen es die REP hier und da mit dem Abstand zu Neonazis nicht allzu ernst. Die Selbstdarstellung jenes REP-Kandidaten, der seinen Wahlkreis nur als Feriengast kennt, findet sich im Internet unter der Domain eines „Freien Nationalen Clubs". Dort zu entdecken sind auch Solidaritätsaufrufe mit der Neonaziband „Landser", Interviews mit NPD-Chef Udo Voigt, Aufrufe zu Demonstrationen des militanten Neonazispektrums und Links zu solchen Organisationen.

Tomas Sager

"Der bewaffnete Arm"

Neonazis wegen Bildung eine kriminellen Vereinigung angeklagt

Die Angeklagten zeigten sich von der Staatsschutzkammer wenig beeindruckt. Ohne sichtbare Erregung hörten die fünf Neonazis von „Combat 18 Pinnberg“ (C 18 P) der Anklageverlesung zu. Seit dem 29. März steht die Gruppe um den Neonazichef Clemens Otto vor dem Flensburger Landgericht. Die Staatsanwaltschaft wirft den Mitgliedern der „Kampftruppe Adolf Hitler Pinneberg“ die Bildung einer kriminellen Vereinigung, Verstoß gegen das Waffengesetz sowie räuberische Erpressung vor. Laut Anklage sollen sie auch CDs mit volksverhetzenden und gewaltverherrlichenden Texten gegen Ausländer, Flüchtlinge, Juden, Punks und Kommunisten hergestellt haben. „Die Taten sind zwischen 2001 und 2003 im Hamburger Umland verübt worden“, sagte die Staatsanwaltschaft. Nach der Verlesung blieben die Angeklagten aus Schleswig-Holstein und Hamburg im Alter von 23 bis 30 Jahren still. Nur einer der Beschuldigten ließ seinen Anwalt eine Erklärung verlesen, in der er seine Gesinnung rechtfertigte.

Warum das Verfahren erst jetzt eröffnet wurde, erläuterte die Staatsanwaltschaft nicht. Denn schon vor über einem Jahr war die Neonazikampftruppe aufgeflogen. Am frühen Morgen stürmten am 28. Oktober 2003 an die 300 Polizisten auf Weisung der Staatsanwaltschaften Kiel und Flensburg über 50 Wohnungen und Treffpunkte der Neonazis in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Zehn Personen aus der Szene, die enge Verbindungen zum kriminellen Rotlicht- und Rockermilieu haben sollen, wurden persönlich besucht. Die Beamten stellten vier großkalibrige Revolver, eine Pumpgun sowie eine Schrotflinte sicher.

„Wir wollten nicht zusehen bis sie ihre primären Ziele umsetzen“, erklärte damals Matthias Hennig, Pressesprecher des Landeskriminalamts Schleswig-Holstein. Über ein Jahr hatten die Behörden verdeckt ermittelt. Als Hauptverdächtige nahmen sie unter anderem Otto, der von Pinneberg nach Neumünster gezogen war, Peter Borchert aus Neumünster und Marco Höhnke, Hamburg, fest. Doch nur Borchert blieb in Haft. In einem abgetrennten Verfahren hat das Landgericht Kiel den Aktivisten des Neumünsteraner Neonazizentrums „Club 88 – The very last resort“ am 27. April 2004 wegen Waffendelikten zu drei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt.

In Flensburg geht indes die Staatsanwaltschaft davon aus, dass Otto mit Aktivisten aus der „Kameradschaft Pinneberg“ die Gruppe C 18 P nach dem Vorbild des bewaffneten Arms des britischen Neonazinetzwerks „Blood&Honour“ (B&H) weiter aufbauen wollte. „Im großen Stil“ soll die gesamte Gruppe einen illegalen CD-Handel geführt und dabei von rechten CD-Labels Schutzgeld erpresst haben. Nachdem der mehrfach wegen Körperverletzung vorbestrafte Otto nach Neumünster gezogen war, hätten sich die C 18-Aktivitäten auch dorthin verlagert. In dem B&H-Handbuch „Der Weg vorwärts“ erklären die militanten Neonazis ihr Konzept: „Wir brauchen eine Organisation wie C 18 ... und wir brauchen sie nicht nur zum Schutz und zur Abwehr. C 18 muss als der bewaffnete Arm der Blood&Honour Bewegung agieren ... Es gibt viele Wege, Furcht und Terror unter den Feinden zu verbreiten“. Genaue Handlungsanleitungen finden sich im C-18-Handbuch „Der politische Soldat“: „Jede Zelle sollte eine Geld- und Waffenquelle haben“ und „keine Zelle sollte in den bewaffneten Kampf einsteigen, wenn sie keinen sicheren Ort hat, wo Waffen, Munition ... usw.“ verschwinden können

Schon Mitte 2000 gab es die ersten Hinweise für „C 18“-Aktivitäten in Schleswig-Holstein. Aus dem Umfeld der Pinneberger Kameradschaft tauchten öffentliche Morddrohungen gegen den Elmshorner IG-Metall-Chef Uwe Zabel auf. Bei Farbanschlägen auf das Verlagsgebäude des „Pinneberger Tageblatts“ und den jüdischen Friedhof in Neustadt /Holstein war das Kürzel „C 18“ geschmiert worden. Als im September 2000 die deutsche B&H-Division verboten wurde, blieb Otto noch unbehelligt. Seltsamerweise, denn er hatte in dem B&H-Magazin Deutschland über die Aktivitäten im Norden berichtet.

Alle Angeklagten sind auf freien Fuß. Voraussichtlich Ende April wird der Prozess in Flensburg beendet sein. Anlässlich der Ermittlungen gegen C 18 wird noch gegen fünf weitere Neonazis in abgetrennten Verfahren verhandelt.

Andreas Speit

Schwarzes Schaf unter Braunen

Das Land Niedersachsen hat bei dem sächsischem NPD-Abgeordneten Menzel noch eine Rechnung offen.

Mit dem propagierten Saubermann-Image der NPD ist es nicht weit her, dass beweist auch der neueste Fall des sächsischen Landtagsabgeordneten Klaus-Jürgen Menzel, der in Niedersachsen spielt. Wie das niedersächsische Landwirtschaftsministerium in Hannover jetzt mitteilte, versuchen die Behörden seit Jahren, den Wohnsitz des 64-jährigen gelernten Landwirts zu ermitteln, um 15 900 Euro bei ihm einzutreiben. Anfang der 90er Jahre führte der NPD-Abgeordnete angeblich einen landwirtschaftlichen Betrieb in Beverstedt im Landkreis Cuxhaven und beantragte eine so genannte „Flächenstilllegungsprämie“ vom Staat. Er erhielt das Geld, aber das Amt für Agrarstruktur in Verden misstraute der Angelegenheit, bei einer Vor-Ort-Kontrolle 1992 stellte sich heraus, dass die angeblich stillgelegten Flächen antragswidrig mit Ackerfrüchten bestellt worden waren. Außerdem soll Menzel damals tatsächlich weder als Pächter noch als Bewirtschafter der 21,9 Hektar großen Fläche firmiert haben. „Subventionsbetrügereien jeglicher Art werden von uns hartnäckig verfolgt“, erklärt Gert Hahne, Sprecher im Landwirtschaftsministerium in Hannover.

NPD-Mann Menzel ist bereits rechtskräftig wegen Untreue verurteilt und soll 2003 gegen das Waffengesetz verstoßen haben. Das ehemalige niedersächsische Landesvorstandsmitglied der rechtsextremen Republikaner sorgte bereits mit dubiosen Jagdreisen für Schlagzeilen, jetzt kommt Subventionsbetrug hinzu.

Der jetzige NPD-Politiker galt als abgetaucht, zumindestens aus niedersächsischer Sicht. In den 90er Jahren meldete er sich aus Beverstedt ins sächsische Görlitz ab, wurde dort aber nie ins Einwohnermeldeamt eingetragen. Schließlich soll er in der Nähe von Niesky wieder aufgetaucht sein, gab aber 2002 einen Offenbarungseid ab und das Land Niedersachsen blieb auf seiner Forderung sitzen.

„Dann fanden wir Herrn Menzels Namen unter den neuen NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag“, sagt Ministeriumssprecher Hahne. Die Behörde in Hannover ließ nicht locker und schrieb den Arbeitgeber des Schuldners in Sachsen an, denn schließlich erhält der NPD-Mann nicht nur über 4000 Euro an Grunddiät, sondern auch noch rund 1800 Zulagen.

Inzwischen hat er die Zahlungsaufforderung erhalten. „Wenn er in Bälde nicht zahlt, dann werden wir rechtliche Schritte einleiten“, ergänzt Ministeriumssprecher Hahne in Hannover.

Der ledige Landwirt aus dem Landkreis Cuxhaven zählt zu den Hardlinern der rechtsextremen Partei. Von 1959 bis 1964 war er in der Deutschen Reichspartei (DRP) aktiv, wechselte dann über NPD, ÖDP, Grünen, Republikaner zurück zur NPD. Zuletzt sorgte das schwarze Schaf unter den Braunen für Schlagzeilen, als er jüngst den verurteilten Bombenbastler und ehemaligen Rechtsterroristen Peter Naumann in seinem Wahlkreisbüro als Mitarbeiter einstellte. Ende Januar 2005 reiste Menzel ins heimische Niedersachsen. Szenekenner erkannten ihn während des zweiten Spaziergangs zwischen Verdener Neonazis auf dem Heisenhof.

Andrea Röpke

Hirngespinste

Inhaftierter Neonazi fühlt sich verfolgt und abgehört.

Der in der Justizvollzugsanstalt Bochum einsitzende Hardcore-Neonazi Thorsten Lemke, kann auch vom Knast aus agitieren. Lemke, vormals Mitglied der Kühnen-treuen Organisationen Nationale Sammlung (NS) und Deutsche Alternative (DA), wurde 1997 wegen dreifachen Mordes zu einer lebenslangen Haft- und Sicherheitsverwahrung verurteilt. Er hatte unter anderem eine junge Frau, die ihm durch einen Sticker mit der Aufschrift „Nazis raus“ aufgefallen war, vergewaltigt und grausam umgebracht. Nach der Urteilsverkündigung rief Lemke lauthals ins Mikrofon: „Somit haben die Juden ihren Willen bekommen!“

In der aktuellen Ausgabe des Neonazi-Blattes „Nationaler Beobachter“ (Untertitel: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten!“) orakelt Lemke „Über die Abhör- und Beobachtungsmöglichkeiten, die die moderne Elektrotechnik in der JVA bietet“. Presserechtlich Verantwortlicher des seit 1995 in unregelmäßigen Abständen erscheinenden „Nationalen Beobachters“ ist der Neonazi Danny Sowade (Postfachadresse: Frankfurt/Oder). Eigenangaben zufolge hat der „Nationale Beobachter“ mit der neuesten Ausgabe jetzt sein Erscheinen eingestellt.

Lemke, der dem germanischen Gott Odin anhängt, scheint an einer schweren Paranoia zu leiden. Überall fühlt er sich im Knast von Kameras und Überwachungstechniken verfolgt und abgehört. Lemke glaubt, dass selbst beim Gespräch mit dem Therapeuten Kleinstmikrofone im Einsatz sind und bei Gottesdiensten die Gespräche der Gefangenen aufgezeichnet und gespeichert werden. Hinter den Bildschirmen der Fernsehgeräte wittert er Kameras, die die Weite der Pupillen der Gefangenen aufzeichnen würden. Darüber hinaus, so schreibt Lemke in dem Neonaziblatt, „besteht die Möglichkeit, über den Kabelanschluss des Fernsehgerätes verfälschte oder gefälschte Nachrichten oder Filme einzuspielen ... Ebenso besteht auch die Möglichkeit, den Videotext zu fälschen.“ Printmedien sind Lemkes Auffassung nach ebenso des Teufels: „Da die JVA Bochum über eine eigene Druckerei verfügt, besteht hier die Möglichkeit, Zeitungen und Zeitschriften mit verfälschten Nachrichten und eingedruckten Beiträgen herzustellen, und diese dann dem Gefangenen beim Einkauf in der JVA Bochum zu verkaufen oder gegen die normale, im Abo bezogene Tageszeitung auszutauschen.“

Der „Nationale Beobachter“ kommentiert Lemkes Auslassungen folgendermaßen: „Soweit der Bericht vom Kameraden Lemke, der sicherlich einige zum nachdenken anregt. Manches liest sich sicherlich für die jüngeren Kameraden unter uns, als wären es vielleicht ‘Hirngespinste’ aber dem kann so nicht zugestimmt werden, denn anhand von Bild- und Tonfälschungen wurden Kriegsgründe herbeigezaubert.“ (Fehler im Original)

Anton Maegerle

Überraschungscoup gescheitert

Geplantes Zeitungsprojekt für Schüler und Jugendliche ist vorzeitig publik gemacht worden.

Jugendarbeit hat in rechten Kreisen einen großen Stellenwert. Doch innerhalb weniger Monate zwei ihrer ehrgeizigen Projekte wurden vorzeitig bekannt. Vor wenigen Monaten war es eine CD mit rechtsextremer Musik, die vor Schulen in ganz Deutschland verteilt werden sollte. Doch die „Aktion Schulhof“ war letztendlich heiße Luft. Der Plan wurde bekannt, als die CD noch in der Produktion war. Ein Gericht verbot die Aktion und die CDs dürften jetzt vor allem in der rechtsextremen Szene verbreitet werden.

Mitte April sollte eine „Unabhängige Schüler- und Jugendzeitung“ unter dem Titel „Independent“ bundesweit vertrieben werden. Als Kontaktadresse ist in der Nullnummer ein Pressearchiv in Dresden angegeben. Die Planung war schon recht weit fortgeschritten. Auf ein DIN A5-Format und einen Umfang von 16 Seiten hatte man sich ebenso geeinigt wie auf ein vierteljähriges Erscheinen. Die Zielgruppe waren erklärtermaßen politisch noch indifferente Jugendliche. Deshalb sollte offen rechte Propaganda nur in kleinen Dosen verabreicht werden. Viel Raum sollten dagegen Themen einnehmen, die junge Menschen beschäftigen. Dazu zählt der Umweltschutz ebenso wie eine Kritik an der Mediengesellschaft und Jugendprobleme.

Mit der Auswahl des in rechtsextremen Kreises eigentlich verpönten englischen Namens gab man sich ebenso zielgruppenorientiert wie mit der Gestaltung des Titelbildes der Probenummer. Dort prangte die Comic-Kult-Figur „Bernd das Brot“. Im Internet wurde daraufhin zur Befreiung von „Bernd das Brot“ aus den Händen der Rechten aufgerufen. Doch mehr noch dürften die sich über das vorzeitige Publikwerden des Zeitungsprojekts ärgern. Dabei hatte man im Vorfeld auf Geheimhaltung Wert gelegt. So hieß es in korrekter nationaler Diktion: „Diese E-Post geht ausschließlich an nationale Personen und Gruppen, die uns bekannt sind“. Jede „Veröffentlichung in öffentlichen Foren oder Informationsseiten“ sei untersagt. Ob das geplante Projekt jetzt weitergeführt wird, ist noch offen.

Peter Nowak

Braunes Osterei

Rechtsextremisten tagen im Heilbronner Ruderklub.

In der gutbürgerlichen Gaststätte „Schwabenhaus“ im Heilbronner Ruderklub treffen sich sonst honorige Organisationen wie der Deutsche Alpenverein, Greenpeace oder Bündnis 90/Die Grünen. Am Ostersamstag hielten jedoch braune Gäste Einzug in die sonst völlig unverdächtige Lokalität. Die neonazistische „Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland“ von Lars Käppler (29) hatte am 26. März ins baden-württembergische Heilbronn eingeladen. Eine große Saalveranstaltung mit rund 100 anwesenden Personen, darunter der Kameradschaftsführer Dominik Kleer aus Saarlouis, wurde dort durchgeführt. Angekündigt waren als Redner bereits viele Wochen im Vorhinein die von der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ her hinlänglich bekannten Lars Käppler, der österreichische Verschwörungstheoretiker und selbständige Unternehmensberater Gerhoch Reisegger (63) sowie der österreichische Rechtsextremist Andreas Thierry. Der 32-Jährige hatte in der Ankündigung auf die Veranstaltung auch auf seine „publizistische Tätigkeit und journalistische Ausbildung bei der Wochenzeitung ‘Zur Zeit’“, eine Art österreichisches Schwesternblatt der „Jungen Freiheit“, hingewiesen.

Das Motto der geschlossenen Saalveranstaltung im württembergischen Unterland der braunen Bürgerinitiative lautete „Die Türken kommen – Ist Deutschland noch zu retten?“. Das Nationale Bündnis Heilbronn um den Heilbronner Diplom-Kaufmann und Steuerberater Michael Dangel (36) musste knapp zwei Wochen zuvor eine ähnlich große Veranstaltung kurzfristig verlegen. Beim ursprünglichen Veranstaltungsort, einer Vereinsgaststätte, waren Scheiben eingeworfen und die Außenfassade besprüht worden. Im Ausweichquartier in Schwaigern-Massenbach lauschten etwa 100 Rechtsextremisten den Reden des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt und der baden-württembergischen Landesvorsitzenden der Deutschen Partei, Jutta Retz, aus dem nahen Abstatt. Unter den Gästen war auch Lars Käppler, der Unterschriften für seine braune Bürgerinitiative gesammelt und für seine österliche Veranstaltung geworben hatte.

Annette Berghofer

Ausland

Führungswechsel

August Kreis ist neuer AN-Chef.

Erneuter Führungswechsel bei den Aryan Nations (AN): Nach dem Rücktritt von Charles Juba als „Nationaldirektor“ hat jetzt August B. Kreis die Geschäfte der Organisation übernommen. Juba kündigte in einer im Internet veröffentlichten Erklärung auch das Ende seiner Mitgliedschaft bei den AN an. Der vorgesehene Umzug des AN-Hauptquartiers nach Kansas ist damit geplatzt. Auf der Homepage der Gruppe wird nun der Ort Sebring in Florida, der Wohnsitz von August Kreis, als neue Adresse angegeben.

Für die mit sinkenden Anhängerzahlen kämpfende Organisation stellt der Ausstieg des ehemaligen Ku Klux Klan-Aktivisten Juba einen weiteren herben Rückschlag dar. Nach dem Tod von Gründer Richard G. Butler im vergangenen Herbst übernahm Juba gemeinsam mit August Kreis die Führung einer Splittergruppe der ehemals größten rechtsextremen Organisation der USA. Im Zuge der Bemühungen um einen Wiederaufbau gelang es ihm und seinen Verbündeten, die Unterstützung der „Aryan Nations Knights of the Ku Klux Klan“ um Bradley Jenkins zu gewinnen, deren Angehörige lange Zeit als Sicherheitsdienst für Butler fungiert hatten. Eine rivalisierende Fraktion von Butler-Loyalisten, die sich selbst als „Church of Jesus Christ Christian/Aryan Nations“ bezeichnet, hat ihre Zelte mittlerweile in Alabama aufgeschlagen.

Trotz ihrer Differenzen teilen die verschiedenen Splittergruppen die Bereitschaft zur Gewalt. „Wir von den ‘Aryan Nations’ sind wütend und wir hassen und wir töten“, verkündete Kreis auf einem Neonazi-Treffen im vergangenen Jahr. Unlängst wurde auf der Website der Gruppe ein Artikel veröffentlicht, in dem sich die AN solidarisch mit dem islamistischen Jihad und dessen Kampf gegen die „dekadenten, zionistisch-kontrollierten Gesellschaften des Westens“ erklärt. In der Vergangenheit verübten AN-Anhänger immer wieder blutige Straftaten, deren Hauptziele Juden oder ethnische Minderheiten waren.

Michael Funk

In den Startschuhen

Paul Fromm als Nachfolger Ernst Zündels.

Mit der Auslieferung des Holocaust-Leugners Ernst Zündel nach Deutschland hat die rechtsextreme Szene in Nordamerika eine wichtige Integrationsfigur verloren. In Kanada schickt sich mit Paul Fromm bereits ein langjähriger Verbündeter an, die entstandene Lücke zu füllen. Fromm ist Gründer und Koordinator mehrerer fremdenfeindlich-rassistischer Organisationen, die sich unter anderem für die „Bewahrung der europäischen Herkunft" und striktere Einwanderungsbeschränkungen einsetzen.

In den letzten Jahren war Fromm regelmäßiger Besucher rechter Veranstaltungen, auf denen er sich unter dem Mantel der Redefreiheit häufig als Anwalt „politischer Gefangener" wie Ernst Zündel inszenierte. Die Kontakte des Präsidenten der „Canadian Association for Free Expression" umfassen eine umfangreiche Kollektion von Rassisten, Antisemiten, „weißen" Separatisten und anderen Vertretern der extremen Rechten. Regelmäßig nahm Fromm an Treffen oder Protestaktionen der US-amerikanischen National Alliance teil, wo er das Podium mit Neonazis wie Don Black, Repräsentanten der British National Party oder dem ehemaligen Ku Klux Klan-Führer David Duke teilte. Fromm unterstützte Duke im vergangenen Jahr in New Orleans bei den Bemühungen um eine Einigung rechter Kräfte und war Interviewpartner in Dukes Internet-Radiosendung „Town Hall". Kein Unbekannter ist der Kanadier auch bei den Zusammentreffen notorischer Holocaust-Leugner wie der internationalen Revisionismus-Tagung des „Institute for Historical Review" von Mark Weber oder David Irvings jährlicher Geschichtskonferenz.

Bei der Lehrervereinigung stoßen die politischen Aktivitäten des gelernten Pädagogen auf kein Verständnis. Fromm wurde bereits 1994 von seinen beruflichen Pflichten entbunden, nachdem er bei einem Treffen der neonazistischen „Heritage Front" anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler als Redner aufgetreten war. In Ontario prüft ein Disziplinarausschuss derzeit, ob Fromm gänzlich die Lehrerlaubnis entzogen werden soll.

Michael Funk

Wachsende Gewalt

In Frankreich ist die Zahl der von Rechtsextremen begangenen Straftaten angestiegen.

Seit 1984 legt die Nationale Beratungskommission für Menschenrechte (CNCDH) alljährlich ihren Bericht über den Rassismus in Frankreich vor. Der Report für 2004, der im März vorgestellt wurde, konstatiert eine deutliche Zunahme rassistisch oder antisemitisch motivierter Delikte im Berichtszeitraum. Die Gesamtzahl der registrierten Straftaten stieg von 833 (im Jahr 2003) auf 1565, das entspricht einer Erhöhung um 88 Prozent. Dabei handelt es sich sowohl um Verbaldelikte (verbotene Propaganda, Beleidigung, Bedrohung) als auch um Übergriffe gegen Sachen oder gegen Personen. Insgesamt wurden 56 Personen verletzt.

Die Zahl der gegen französische Juden gerichteten Verbal- und Verletzungsdelikte wuchs von 601 (in 2003) auf 970. Dabei sind jedoch nicht alle Straftaten auf die extreme Rechte oder „klassischen" Antisemitismus zurückzuführen. Seit dem Jahr 2000 kommt es vermehrt auch zu Übergriffen von Jugendlichen mit arabischem Migrationshintergrund auf jüdische Jugendliche, oftmals im Schulbereich. Jedoch stieg jetzt der Anteil rechtsextremer Tatverdächtiger erkennbar an. Eine der Ursachen für den globalen Anstieg ist die Welle von Schändungen jüdischer Friedhof, die im April 2004 im Elsass begann. Daran waren vor allem Rechtsextreme beteiligt. Die übrigen rassistischen Straftaten richten sich zu 81 Prozent gegen nordafrikanische Einwanderer oder gegen als „islamisch" ausgemachte Einrichtungen, namentlich Moscheen oder Gebetsräume. Ihre Gesamtzahl stieg von 232 (im Jahr 2003) auf 595, das entspricht einer Zunahme auf das Zweieinhalbfache.

Insgesamt ist die Zahl der von Mitgliedern und Sympathisanten der extremen Rechten verübten Straftaten wieder stärker angestiegen. Zwischenzeitlich war sie durch die Explosion der „interkommunitären", also zwischen Minderheiten der Gesamtgesellschaft ausgetragenen, Gewalt verdrängt worden. Der Anteil von Delikten mit militant rechtsextremem Tathintergrund beträgt aktuell mindestens 30 Prozent; 2002 waren es 14 Prozent.

Bernhard Schmid

Demokratische Initiativen

Sachsen als Brückenkopf?

Eine Konferenz im Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin diskutiert über das Gebaren und die möglichen Aussichten der NPD.

Auch mehr als ein halbes Jahr nach den sächsischen Landtagswahlen präsentiere sich die mit neun Abgeordneten im Landesparlament vertretene NPD-Fraktion in Teilen wie eine „Black Box". So sieht es jedenfalls jemand, der aus unmittelbarer Nähe die Abgeordneten der rechtsextremistischen Partei in Dresden beobachten kann: Uwe Klost, Parlamentskorrespondent des MDR im Sächsischen Landtag. Er und sein Journalistenkollege Reiner Burger von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) referierten im Rahmen einer wissenschaftlichen Konferenz des Zentrums für Antisemitismusforschung Ende März in Berlin über Auftreten, Gebaren und mögliche Pläne der sächsischen NPD-Vertreter nach ihrem Wahlerfolg vom 19. September 2004.

Klar erkennbar sei, so Klost, dass Sachsen als Keimzelle betrachtet werde. „Von hier aus will die NPD künftige weitere Erfolge vorbereiten." Auch dafür sei die Partei im Vorfeld der Wahlen das taktische Bündnis mit der DVU – und den Republikanern – eingegangen und habe sich nach den Wahlen aus der gesamten Bundesrepublik erfahrene „Parteikader" zusammengesucht.

Fragiles „Bündnis der Demokraten"

Uwe Klost arbeitete in seinem Vortrag deutlich heraus, dass die anderen im sächsischen Landtag vertretenen Parteien, und darunter insbesondere die CDU, nicht nur spät auf den Machtzuwachs der Rechtsextremisten reagiert hätten. Bisher fehle es auch an Konzepten im Umgang mit den geschickt auftretenden und taktierenden NPD'lern. Das erst im Januar entstandene „Bündnis der Demokraten", in dem Vertreter aus CDU, SPD, Grünen und PDS zusammenkommen, sei fragil, da sowohl innerhalb der CDU wie der PDS viele die jeweils andere Partei als den politischen Hauptgegner ansähen.

Zudem sei es mittlerweile offenkundig geworden, dass die NPD-Fraktion regelmäßig mit internen Informationen versorgt werde. „Diese Hinweise kommen aus der CDU", so der MDR-Korrespondent Klost, das hätten zumindest mehrere NPD-Vertreter inzwischen erklärt. Und nach wie vor erhalte die NPD bei wichtigen Abstimmungen im Landtag zwei Stimmen mehr als sie selbst Abgeordnete habe. Auch hier besteht der Verdacht, dass die beiden Abweichler aus den Reihen der CDU-Fraktion kommen.

Während Uwe Klost vor allem die bisherige Konzeptionslosigkeit der demokratischen Parteien in Sachsen im Umgang mit der NPD als problematisch hervorhob, zeigte Reiner Burger von der FAZ insbesondere die nach wie vor engen Verbindungen zwischen NPD und so genannten Kameradschaften in Sachsen auf. „Die NPD hat in letzter Zeit sogar Mitglieder verloren, doch die Kameradschaften legten zu." Auch nach dem Verbot der „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) existiere der Kern dieser extrem militanten Kameradschaft fort. Zudem sei eine verstärkte Politisierung dieser Gruppen zu konstatieren.

Innerhalb der NPD selbst, so Burger, habe nach der anfänglichen Euphorie über den Wahlerfolg in Sachsen eine Phase parteiinterner Streitereien eingesetzt. So kritisiere beispielsweise der NPD-„Chefideologe" Jürgen Schwab die Gesamtausrichtung der Partei, warne vor „Hitlerismus" und dem Bündnis mit der DVU. Den NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag wiederum werde aus den eigenen Parteireihen vorgeworfen, sie seien nun „im System angekommen" und kümmerten sich nicht mehr um Themen wie Hartz IV, deretwegen sie jedoch gewählt worden seien.

Burger prognostizierte, dass trotz solch' parteiinterner Kritik die NPD durch ihren Wahlerfolg in Sachsen insgesamt gestärkt werde. So könne die Partei die ihr nun zustehenden öffentlichen Mittel in den Ausbau der Strukturen stecken. Dass Werbung und Aktionen vor allem auf Schüler und Jugendliche zielten, zeige zudem, wie die NPD sich ihr eigenes Zukunftspotenzial schaffe.

Gudrun Giese

Wachsam gegen rechts

Die SPD hat zwei neue Broschüren zur Bekämpfung von und Aufklärung über Rechtsextremismus veröffentlicht.

Unter dem Motto „Für eine starke Demokratie – Wirksam handeln gegen rechts“ hat der SPD-Parteivorstand jetzt einen Leitfaden zum Thema Rechtsextremismus herausgeben. Auf 60 Seiten finden sich wissenswerte Informationen über die neue Qualität des heutigen Rechtsextremismus, die rechtsextremen Parteien und ihr Umfeld, praktische Tipps für Gegenstrategien und zahlreiche weiterführende Informationen.

Hervorzuheben ist ein in dem Leitfaden enthaltener Verhaltenskodex für SPD-Mitglieder im Umgang mit Rechtsextremismus. 24 Prinzipien und Orientierungspunkte empfehlen in kurzer, knapper Form, wie Rechtsextremen auf der Straße und in den Parlamenten begegnet werden soll. Es wird dabei aber eigenes Engagement gefordert: „Wer gegen dumpfe Parolen wirken will, muss selbst Bescheid wissen über die Ideologie und die verfassungsfeindlichen Ziele der Rechtsextremen“ heißt es gleich eingangs. In der politischen Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen müsse „entlarvt werden, was diese wirklich wollen. Rechtsextreme sind Verfassungsfeinde, sie wollen eine andere Gesellschaftsordnung“. Demokratische Politiker/innen hätten sich gegen rechsextremes Gedankengut „klar und eindeutig“ abzugrenzen, wird hervorgehoben, wie auch gemeinsame Auftritte mit Vertretern rechtsextremer Parteien auf Veranstaltungen und Podien klar abgelehnt werden. Eine strikte Trennlinie ziehen die Richtlinien zu der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“, für die es „keinerlei Beiträge oder Interviews“ von SPD-Politikerinnen und -politikern geben dürfe. Deutlich gemacht wird auch, dass es kein Kavaliersdelikt sei, die Braunen zu wählen. „Wer Rechtsextreme wählt, ist kein Protestwähler, sondern unterstützt Neonazis“, so steht es unmissverständlich in dem Papier des SPD-Parteivorstands.

Praktische Handlungsempfehlungen sollen dabei helfen, gegen Rechtsextremismus besser gewappnet zu sein. Anhand zahlreiche Beispiele, wie unter anderem gesellschaftliche Bündnisse in den Kommunen, Nutzung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Räumlichkeiten oder Sportanlagen, Möglichkeiten des Versammlungsrechts sowie der Strafverfolgung bei rechtsextremen Delikten und vieles mehr wird aufzeigt, wie den Rechtsextremen offensiv entgegentreten werden kann.

Über die heimlichen Erkennungszeichen der braunen Szene klärt die 40-seitige Broschüre „Versteckspiel“ auf, die im Auftrag des SPD-Parteivorstands jetzt ebenfalls neu erschienen ist. Dargestellt werden darin unter anderem zahlreiche Symbole mit nationalsozialistischem oder germanisch/heidnischem Bezug sowie Embleme und Logos neonazistischer Organisationen. So findet beispielsweise das Zahnrad, in der NS-Zeit ein Symbol der Deutschen Arbeitsfront, heute abgewandelt bei der NPD sowie in der Neonazi-Szene Verwendung. Abgebildet sind in der Broschüre neben vielen anderen Emblemen die gekreuzten Hammer, die für die elitäre Skinhead-Organisation „Hammerskins“ stehen, oder die in Frakturschrift gehaltenen Logos verschiedener „Freier Kameradschaften“. Aufschlussreich sind besonders die so genannten jugendkulturellen Codes. Genannt werden Zahlencodes wie „88“ (der achte Buchstabe im Alphabet; gemeint ist „Heil Hitler“), „18“ (Adolf Hitler) „28“ (als Synonym für die verbotene Organisation „Blood&Honour“) sowie Begriffe und Abkürzungen von weltweit in der Szene verbreiteten rassistischen Codes wie unter anderem die rechtsterroristischen „14 Words“, „WAR“ (Weißer Arischer Widerstand) oder „ZOG“ (Zionistisch besetzte Regierung). Eine wichtige Rolle spielen als Dresscodes in der Jugendszene besonders populäre Mode- und Bekleidungsmarken. Zu den bekanntesten gehören Marken wie Consdaple oder Lonsdale, daneben nennt „Versteckspiel“ aber auch zahlreiche andere Firmen. Ein kurzer Streifzug befasst sich unter anderem noch mit den Protagonisten und Stilrichtungen der braunen Musikszene, ebenso werden extrem rechte Zeitschriften und szeneinterne Blättchen dargestellt. Mit ihren fundierten Informationen und zahlreichen Details bietet die Broschüre „Versteckspiel“ einen wertvollen Beitrag zur Aufklärung über die rechtsextreme Szene.

Gabriele Nandlinger

„Für eine starke Demokratie – Wirksam handeln gegen rechts!“, „Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen“. Bezug: SPD-Vertriebsservice, Tel. 030 / 25991 200 oder 25991 228, fax. 030 / 25991 360; www.spd-shop.de

Rezensionen

Fragwürdige Wohltaten

Der NS-Staat als "Gefälligkeitsdiktatur".

„Wie konnte ein im Nachhinein so offenkundig betrügerisches, größenwahnsinniges und verbrecherisches Unternehmen wie der Nationalsozialismus ein derart hohes, den Heutigen kaum erklärbares Maß an innenpolitischer Integration erreichen?" (S. 36). Diese schon oft gestellte Frage benennt der Historiker Götz Aly auch als zentrale Problemstellung seiner Studie „Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus". Aly stellt bei seiner Untersuchung des Spannungsverhältnisses zwischen Führung und Volk im Nationalsozialismus dessen Charakter als „Gefälligkeitsdiktatur!" (S. 36) in den Vordergrund. Er meint damit eine politische Herrschaft, die sich über die soziale Absicherung und Steigerung des Lebensstandards der Loyalität des Volkes vergewissert. Die führenden NS Funktionäre, so Aly, „erkauften sich den öffentlichen Zuspruch oder wenigstens die Gleichgültigkeit jeden Tag neu. Auf der Basis von Geben und Nehmen errichteten sie eine jederzeit mehrheitsfähige Zustimmungsdiktatur" (S. 36).

In vier Kapiteln will der Historiker diesen Zusammenhang veranschaulichen: Die „Arisierungen für den Krieg" (S. 54) stehen dabei am Anfang, habe die Hitler-Diktatur doch die Enteignung jüdischen Besitzes zur Finanzierung der geplanten Angriffskriege genutzt. Um die Massenakzeptanz nicht zu verlieren, praktizierte man danach „Steuermilde für die Massen" (S. 66) und „Steuerhärte gegen die Bourgeoisie" (S. 77), betrieb also innenpolitisch eine Verteilungspolitik zugunsten der sozial Schwächeren. Die Ausbeutung und Unterwerfung der eroberten Gebiete im Zweiten Weltkrieg setzte diese Politik fort, hätten die dortigen Bevölkerungen doch hohe „Kontributionen an die Deutschen" (S. 93) zur Sicherung von deren Lebensstandard zu erbringen gehabt. Nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Wertgegenstände eignete man sich im Sinne eines Raubkrieges an – auch wenn dafür formal bezahlt wurde: „Deutsche Soldaten kauften die Länder Europas buchstäblich leer" (S. 115), mit entsprechenden Folgen für die übrige Bevölkerung.

Besonders betroffen von dieser Ausbeutungspolitik waren die Juden, zunächst im Reich selbst, später auch in den besetzten Gebieten. Deren Besitz und Vermögenswerte eignete man sich nach dem „Prinzip Staatsraub" (S. 209) an. Er diente für Aly sowohl allgemein der direkten Finanzierung des Krieges, als auch der Versorgung der Bevölkerungsmehrheit. Zu letzteren gehörten ebenso Kinderspielzeug wie Möbel, die früher Juden im Ausland besaßen, nun aber ausgebombten Deutschen im Reich im Sinne einer „unbürokratische Soforthilfe" (S. 139) zur Verfügung gestellt wurden. Die Ausrottung, Terrorisierung und Versklavung von Juden und Anderen sei insbesondere durch die „Sorge um das Volkswohl der Deutschen" (S. 345) vorangetrieben worden. Nur über eine Politik im Sinne eines „völkischen Gleichheitsversprechens" (S. 358) und der materiellen „Stimulierung einer gehobenen deutschen Massenlaune auf Kosten anderer" (S. 360) habe die NS-Führung die gesellschaftliche Akzeptanz erreichen können. Nach Aly profitierten davon gut 95 Prozent der Bevölkerung direkt oder indirekt. Zugespitzt formuliert: „Wer von den Vorteilen für die Millionen einfacher Deutscher nicht reden will, der sollte vom Nationalsozialismus und vom Holocaust schweigen" (S. 362).

Alys Studie veranschaulicht die erwähnten Zusammenhäng mit Fallstudien. Sie beschreiben und interpretieren Entwicklungen in verschiedenen besetzten Ländern zu unterschiedlichen zeitlichen Phasen. Gleichwohl beansprucht der Historiker mit den von ihm selbst als „gewiss unvollständig und zum Teil nur skizzenhaft rekonstruiert" (S. 346) geschilderten Ereignissen eine allgemeine Deutung der nationalsozialistischen Herrschaft und des Judenmordes vorzunehmen. Hierbei stellt sich aber die Frage, ob der von ihm hervorgehobene Gesichtspunkt des „sozialpolitischen Appeasement" (S. 360) zur Festigung des Massenvertrauens den einzigen herausragenden zentralen Erklärungsfaktor oder einen unter anderen Gesichtspunkten darstellen soll. Aly reduziert so die Gründe für die Massenloyalität der Deutschen auf die Wirkung einer sozialpolitischen Korruption, andere Aspekte wie die ideologischen Übereinstimmungen zwischen Führung und Volk oder die politischen Wirkungen einer Praxis charismatischer Herrschaft geraten aus dem Blickfeld.

Armin Pfahl-Traughber

Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 2005, 445 S., 22,90 €

Meldungen

Glatzköpfe bei der DVU unerwünscht

Minden - Fünf Millimeter Haarlänge entscheiden in Ostwestfalen offenbar über die Zugehörigkeit zur rechtsextremen „Volksfront". Glaubt man dem Mindener NPDler Bernard M. Renner, so hat die DVU unlängst einige „Auflagen" für die Teilnehmer einer im April stattfindenden Veranstaltung mit dem NPD-Vize Holger Apfel erlassen. Renner klagt: „So ist die Rede von einem Verbot von 'Springerstiefeln'' oder 'ähnlichem Schuhwerk'. Weiter seien 'Glatzköpfe' nicht erwünscht, die Mindesthaarlänge für den Besuch der Veranstaltung soll 5 mm betragen. Bomberjacken oder sonstige ‚Militärkleidung' ist ebenfalls unerwünscht, genau so wie 'Abzeichen' oder 'einschlägig bekannte Zahlen' wie ‚18, 88 oder 192". Nach Volksfront klingt es nicht, was Renner von der solche Auflagen erteilenden DVU hält: „Eine Altherrenvereinigung, deren einzige Aktivitäten im Abhalten von Stammtischen oftmals niedrigsten Niveaus zu bestehen scheinen." (ts)

Umtriebiger Ex-Republikaner

Hannover - Hans-Gerd Wiechmann, kürzlich aus der Partei ausgetretener Ex-Landesvorsitzender der Republikaner in Niedersachsen, findet zunehmend Gefallen an einer Zusammenarbeit mit der NPD. Am Samstag, 2. April, tritt er nach eigenen Angaben als Redner bei einer von NPD und „regionalen freien Nationalisten" organisierten Demonstration in Verden auf. Sprechen wird er auch bei der NPD Stade am 8. April und beim Nationalen Bündnis Dresden am 23. April. Bereits am vorletzten Wochenende (19./20. März) trat er gemeinsam unter anderem mit Udo Voigt, Holger Apfel, Jürgen Gansel, Karl Richter, Franz Schönhuber, Harald Neubauer und Bernd Dröse als Redner beim „Freiheitlichen Kongress" des Deutsche-Stimme-Verlages in Bayreuth auf. (ts)

Verlobungsfeier in der Rockerkneipe

Mannheim – Im Rocker Clubhaus der Bandidos in Mannheim geben sich Neonazis regelmäßig ein Stelldichein. Gegen das Bandido-Clubhaus läuft inzwischen eine Räumungsklage. Das hat der Vermieter, eine Mannheimer Immobilienfirma, mitgeteilt. Allerdings stören sich die Vermieter weniger an den rechtsextremen Veranstaltungen, zur Klage kam es, weil schon seit Monaten keine Miete mehr bezahlt worden sei. In den vergangenen Monaten gab es hier fast wöchentlich Veranstaltungen von Rechtsextremisten. Zuletzt feierte der Ludwigshafener Neonazi Malte Redecker am Wochenende vor Ostern im Rocker Clubhaus seine Verlobung. 70 Gäste waren geladen, darunter die führenden Köpfe der rechten Szene im Südwesten, wie der Kopf der Kameradschaft Bergstraße Rene Rodriguez Teufer oder der Chef der Kameradschaft Rastatt Pablo Allgeier. Nur NPD-Aktivist Christian Hehl, der in den vergangenen Wochen im Rocker Clubhaus mehrere Konzerte und eine Silvesterparty organisiert hatte, blieb der Veranstaltung fern. (bb)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de